

Germany-Herrenberg: Load-bearing structure design services

OJ S 211/2019 31/10/2019

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadt Herrenberg

Postal address: Marktplatz 5

Town: Herrenberg

NUTS code: DE112 Böblingen

Postal code: 71083

Country: Germany

Contact person: Sabine Heinrichs, kohler grohe architekten, Verfahrensbetreuer

E-mail: sabine.heinrichs@kohlergrohe.de

Telephone: +49 711 / 7696393-7

Internet address(es):

Main address: <http://www.herrenberg.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E91253166>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.subreport.de/E91253166>

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Tragwerksplanung gem. §§ 49, 51 HOAI LPH 1-6, optional LPH 8 – Generalsanierung, Umbau und Erweiterung Andreae-Gymnasium Herrenberg

II.1.2. Main CPV code

71327000 Load-bearing structure design services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Stadt Herrenberg beabsichtigt den Umbau und die Erweiterung des naturwissenschaftlichen Bereichs und die Generalsanierung des Gebäudebestandes des Andraee-Gymnasiums in Herrenberg.

Das Raumprogramm umfasst ca. 1 800 m² Hauptnutzfläche.

Die Kosten sind derzeit mit 2,8 Mio. EUR netto KG 300+400 veranschlagt.

Der Baubeginn ist für Frühjahr 2021 geplant.

Für die Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49, 51 HOAI LPH 1-6, optional LPH 8, wird ein geeignetes Ingenieurbüro gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE112 Böblingen

Main site or place of performance: Herrenberg

II.2.4. Description of the procurement

Die Stadt Herrenberg beabsichtigt den Umbau und die Erweiterung des naturwissenschaftlichen Bereichs und die Generalsanierung des Gebäudebestandes des Andraee-Gymnasiums in Herrenberg.

Der gesamte NW-Bereich des Gymnasiums soll umstrukturiert und um Mehrflächen ergänzt werden. Diese notwendigen Schulraumflächen nach aktueller Schulbauförderrichtlinie können nicht im Gebäudebestand untergebracht werden, daher wird eine bauliche Erweiterung der Schule auf dem Wettbewerbsgrundstück notwendig. Die allgemeinen Unterrichtsräume sollen dabei weiterhin erhalten bleiben.

Bei der Neukonzeption der Erweiterung soll die Anbindung an den Gebäudebestand sowie die pädagogischen und organisatorischen Anforderungen entsprechend berücksichtigt werden. Für die Unterbringung der Raumprogrammflächen stehen der Erweiterungsbau, sowie der gesamte, nordwestliche Gebäudeteil des Gymnasiums zur Verfügung. Die Gebäudestruktur sollte erhalten bleiben. Die restlichen Gebäudeteile des Gymnasiums, die Mensa und die beiden Sporthallen bleiben in ihrer Funktion und Nutzung bestehen.

Zudem beinhaltet die Aufgabenstellung die Erstellung eines Fassadenkonzepts für das gesamte Schulgebäude aus den 70-er Jahren und das Erweiterungsgebäude von 2001. Die Sanierung ist für das ganze Gebäudeensemble vorzusehen und soll bauabschnittsweise umgesetzt werden.

Zu Zeit wird ein Architekten Wettbewerb durchgeführt, der voraussichtlich 2019 abgeschlossen sein wird. Im Wettbewerb sind Vorschläge zu machen, wie die Umsetzung der Neustrukturierung und Generalsanierung mit möglichst wenig Eingriff in den Schulalltag erfolgen kann. Hierfür ist von den Architekten ein Konzept der einzelnen Bauabschnitte aufzuzeigen.

Für das Grundstück wurde ein aktuelles Baugrundgutachten erstellt.

Auszug aus dem Baugrundgutachten – Hangwasser:

(...) Aufgrund der Hanglage des Grundstückes ist es nicht möglich, das Hangwasser nach erneuten baulichen Eingriffen auf seinen jetzigen Niveaus zu halten. Das Wasser ist daher über Sickerungen zu fassen und über die bestehenden Sickerungen abzuleiten. (...) Auszug aus dem Baugrundgutachten – Gründung:

(...) Um ein einheitliches Setzungsverhalten zu erzielen, sind die Lasten des Bauvorhabens in den halbfesten Mergel des Lettenkeupers (Westseite) bzw. den mürben Dolomitstein des Oberen Muschelkalks (Ostseite) abzutragen.

Auf der Westseite bietet es sich ggf. an, eine Gründung auf pfahlartigen Gründungskörpern vorzusehen, sofern die gegebene Erdbebenzone dies zulässt. Auf der Ostseite kann auf pfahlartigen Gründungskörpern oder auf verrohrten Bohrpfählen gegründet werden. (...).

Die Fachplanung TGA (HLS) / bzw TGA (Elektro) ist Gegenstand einer separaten Auftragsbekanntmachung.

Zur Zeit finden parallel die Ausschreibungen für die Erweiterung der Vogt-Heß-Gemeinschaftsschule statt.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Projektorganisation / Weighting: 20

Quality criterion - Name: Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektleiter / Weighting: 25

Quality criterion - Name: Projektmanagement / Weighting: 30

Quality criterion - Name: Gesamteindruck / Weighting: 15

Cost criterion - Name: Honorarangebot / Weighting: 10

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 48

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged number of candidates: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

A. Zulassungskriterien: Die Zulassungskriterien müssen die Bewerber ausnahmslos erfüllen.

B. Eignungskriterien:

1) finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (20 %): Umsätze in den letzten 3 Jahren, Personalstruktur;

2) fachliche Eignung (70 %): Qualitative Bewertung der Referenzprojekte, Qualitätssicherung;

3) Gesamteindruck der Unterlagen (10 %).

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z. B. mit 0-5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags sollten die vorgegebenen Bewerbungsbögen verwendet und elektronisch in Textform auf der Vergabepattform eingereicht werden. Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Rügen sind ausschließlich an die unter Ziffer I.1) genannten Stellen zu senden.
Voraussichtl. weitere Termine: Verhandlungen 26.2.2020

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Eigenerklärung, dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben.

Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe vorliegen (Art. 57 Richtlinie 2014/24/EU).

Eigenerklärung, dass die Vorgaben des öffentlichen Auftraggebers zur Eignung (Art. 58 Richtlinie 2014/24/EU) erfüllt werden mit Blick auf a) die Erlaubnis zur Berufsausübung, b) die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (erfüllt durch die einzureichenden Referenzen) sowie c) die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (erfüllt durch die einzureichenden Referenzen).

Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i. S. v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen.

Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB). Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).

Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt.

Die öffentliche Auftraggeberin behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bewerber/ Bewerbergemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Die Vergabestelle behält sich ferner vor, für Bewerber/Mitglieder von Bewerbergemeinschaften/ Nachunternehmer selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a

Abs. 1 Nr.4 GewO anzufordern. Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach dem LTMG: Für den Bewerber bzw. jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft muss die Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach dem LTMG spätestens mit dem Angebot im Rahmen des Verhandlungsverfahrens vorgelegt werden.

Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber auffordern, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen (bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung). Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern zu erbringen. Erklärungen, Versicherungen und Nachweise, soweit diese auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind, führen bei Nichtvorlage zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, die nachträgliche Vorlage von Originalen oder beglaubigten Abschriften zu verlangen. Für die Teilnahmeanträge wird keine Kostenerstattung gewährt. Es sind ausschließlich elektronische Teilnahmeanträge zugelassen, die über die Vergabeplattform eingereicht werden.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Erklärung über den Gesamtjahresumsatz (netto) des Bewerbers/ der Bewerbungsgemeinschaft für entsprechende Dienstleistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren. Erklärung zur durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter in den letzten 3 Jahren.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern.

Es können 2 Referenzen eingereicht werden.

Für Referenz A und B kann jeweils nur 1 Projekt eingereicht werden. Beide Referenzen sind zwingend erforderlich.

Es kann je Referenz ein Nachweis über Kosten- und Terminalsicherheit in Form eines Referenzschreibens, bestätigt durch den Bauherrn, eingereicht werden. Die Nachweise werden im Bereich fachlicher Eignung gewertet.

Referenz A:

Nachweis eines realisierten Projekts vergleichbar hinsichtlich der Komplexität des Tragwerks (Vergleichbarkeit: 3-geschossig, pfahlartige Gründung / Bohrpfähle, Raumgrößen vergleichbar mit Klassenraum, ca. 1 800 m² Hauptnutzfläche) Mindestanforderungen:

- Gesamtprojektkosten (KG 200-700) mind. 1 Mio. EUR brutto
- Leistungszeitraum 2008 – Mitte 2019
- Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 2-6) im Unternehmen des Bewerbers

Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung.

Referenz B:

Nachweis eines realisierten Projekts vergleichbar hinsichtlich Thema Umbau, Sanierung (Vergleichbarkeit: Bestandsgebäude aus den 70er Jahren, ca. 1 800 m² Hauptnutzfläche) Mindestanforderungen:

- Gesamtprojektkosten (KG 200-700) mind. 1 Mio. EUR brutto
- Leistungszeitraum Mitte 2019
- Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 2-6) im Unternehmen des Bewerbers

Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung.
Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Teilnahmeberechtigt sind natürliche, bzw. juristische Personen, die gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates zum Tage der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung Beratender Ingenieur der Fachrichtung Tragwerksplanung berechtigt sind. Ist in dem jeweiligen Heimatstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Beratender Ingenieur der Fachrichtung Tragwerksplanung, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG (EU Berufsqualifikationsrichtlinie) gewährleistet ist, bzw. bei Beratenden Ingenieuren der Fachrichtung Tragwerksplanung, wenn die Anerkennung einer deutschen Ingenieurkammer nachgewiesen werden kann. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen, und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person und der Verfasser der Wettbewerbsarbeit die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. Arbeitsgemeinschaften natürlicher und juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft teilnahmeberechtigt ist. Mehrfachbewerbungen natürlicher oder juristischer Personen oder von Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften führen zum Ausschluss der Beteiligten.

III.2.2. Contract performance conditions

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilhmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften, deren Mitglieder sich mehrfach – sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer – an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 02/12/2019 Local time: 13:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Duration in months: 6 (from the date stated for receipt of tender)

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlichen Unterlagen können mit und ohne Registrierung unter dem unter I.3 angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden.

Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über die unter I.3 angegebene Vergabepattform in Textform i. S. v. § 11 EU Abs. 4 VOB/A, § 126b BGB einzureichen. Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge unmittelbar an die unter I.1 angegebene Kontaktstelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die unter I.3 angegebene Vergabepattform gestellt werden. Die – anonymisierten – Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Unterlagen für das Vergabeverfahren werden nur auf der Vergabepattform unter dem unter I.3 angegebenen Link zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst unter dem angegebenen Link informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zu beachten sind.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany
E-mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telephone: +49 7219268730
Internet address: <http://www.rp-karlsruhe.de/>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch den Bieter einzuhaltende Fristen hin.

Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg
Postal address: Durlacher Allee 100
Town: Karlsruhe
Postal code: 76137
Country: Germany
E-mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telephone: +49 7219268730
Internet address: <http://www.rp-karlsruhe.de/>

VI.5. Date of dispatch of this notice

30/10/2019